

## Ohne außerparlamentarischen Druck wird sich in Bonn wenig ändern

Nach 16 verhängnisvollen Jahren Kohl ist die erzkonservative CDU-CSU abgewählt worden und damit die Chance für einen Politikwechsel gegeben. Wird diese Chance auch genutzt? Das ist die wichtigste Frage nach der Bundestagswahl. Gregor Gysi stellte noch in der Wahlnacht fest: „Wir müssen im Bundestag dafür sorgen, daß Rot-Grün die gemachten Versprechen nicht vergißt.“

Trotz der gehässigen Kampagnen aller anderen Parteien gegen die PDS gewann die PDS nicht nur vier Direktmandate in Berlin, sondern übersprang die 5-Prozent-Klausel und zog mit Fraktionsstatus in den Bundestag ein. Im Wahlkreis 141 (Groß-Gerau) erhielt die PDS: Erststimmen: 2773 = 1,2%, (1994 waren es 1504 = 0,8%) - Zweitstimmen: 2588 = 1,4%, (1994 1733 = 1,0). Bemerkenswert: Rüsselsheim - Erststimmen 435 = 1,4% (1994 212 = 0,7), Zweitstimmen 580 = 1,6% (1994 286 = 0,9%). In Mörfelden-Walldorf gab es 500 PDS-Erststimmen = 2,9%, Zweitstimmen 427 = 2,5%. Auch hier eine Steigerung, in einigen Stimmbezirken lagen hier die PDS-Ergebnisse knapp unter oder über 5%.

Zu beachten ist sicher: Im Wahlkreis 141 war die PDS bisher nur in wenigen Kommunen im Wahlkampf sichtbar. Es gab starke Bemühungen von Linken für den SPD-Kandidaten (damit er seinen Wahlkreis wieder erringen konnte, den er vor vier Jahren an die CDU verloren hatte). Auf dem DGB-Podium in Rüsselsheim rief der PDS-Kandidat

auf ihn mit der Erststimme zu wählen, was sich auch in der Presse widerspiegelte.

Die parlamentarischen Karten in Bonn werden nun neu gemischt. Politische Köpfe, die sich in den letzten Jahren



### Der Neue. Mal sehn, wie er sich macht.

mit extremistischen Positionen in Szene setzten, werden nun nicht mehr die Schlagzeilen beherrschen. So Kantscher, Rühle und Waigel.

Das ist nicht nur ein politischer Gewinn, es ist auch ein Zuwachs an politischer Kultur, diese Leute nicht mehr täglich in den Fernsehnachrichten ertragen zu müssen.

Typisch: Nach dem Wahlergebnis be-

klagte der Sprecher aus dem Vorstand der Deutschen Bank den Abgang der Kohl-Regierung mit den Worten, daß jetzt „die Welt nach Rußland und Asien wiederum einen Stabilitätsfaktor verloren“ hätte.

Für uns ist wichtig: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben die Wählerinnen und Wähler mit ihrem Votum einen Regierungswechsel durchgesetzt. Entgegen den Wünschen von Unternehmerverbänden ist bei einer Bundestagswahl eine Regierung abgewählt worden.

Angesichts des Wahlerfolgs der PDS, die mit einer Fraktion in den Bundestag einzog, erweitert sich der politische Spielraum auch für fortschrittliche Reformpolitik und linke Kräfte.

Die Regierung Kohl bekam die Quittung für ihre sozialreaktionäre Politik. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau waren die Hauptursachen für die Niederlage. Antifaschistische Aktionen trugen erheblich dazu bei, daß neonazistische Parteien weder in den Bundestag, noch in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern kamen.

Die SPD hat einen großen Sieg errungen. Sie nahm der CDU/CSU 100 Direktmandate ab, überschritt in mehreren Bundesländern die 50-Prozent-Marke und wurde stärkste Fraktion im neuen Bundestag. Auch im Kreis Groß-Gerau konnte Norbert Wiczorek seinen Wahlkreis wieder erringen. Verständlich, daß am Wahlabend viele Sozialdemokraten vor Freude „unter der

(Fortsetzung nächste Seite)



Decke“ schwebten. Sie werden bald wieder runterkommen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird mit Gerhard Schröder einen neuen Kanzler bekommen, der an seinen Versprechungen gemessen werden muß: Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung von 100.000 neuen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, verbesserte Ausbildungsförderung, Verdoppelung der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung, Rücknahme einiger besonders sozialreaktionärer Gesetze der alten Regierung wie Rentenkürzungen, die Einschränkung der Lohnfortzahlung und Aushöhlung des Kündigungsschutzes.

Die Wahlziele der DKP im Bundestagswahlkampf waren: Kohl muß weg, die PDS muß in den Bundestag, die DKP muß stärker werden. Die DKP trug zur Sammlung und Bündelung der linken Kräfte gegen Rechts bei. Die DKP hat für eine neue Politik geworben und aufgerufen, mit der Zweitstimme PDS zu wählen. Die DKP hat damit dazu beigetragen, daß die PDS die Fünfprozentklausel überwinden konnte.

Wir sind zufrieden, daß links neben der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen die PDS verstärkt im Bundestag auftreten kann.

Jetzt gilt es alles zu tun, damit die Massenarbeitslosigkeit beendet, Lehrstellen zur Verfügung gestellt und dem Sozialabbau auf allen Ebenen entgegengetreten wird.

Aber: Ohne anwachsenden außerparlamentarischen Druck wird sich in Bonn sicher wenig ändern.



## Die Rente ist sicher

*Nach der Wahl gab es bei den Verlierern nicht nur traurige Gesichter. Die Medien berichteten von „Erleichterung“ und „Gelassenheit“. Gelassen können die Herrschaffen allemal in die Zukunft sehen - sie sind „abgesichert“.*

*Für ausscheidende Regierungsmitglieder ist gut vorgesorgt. Die Altersversorgung von Kohl und Blüm (CDU) ist nach 16 Jahren im Kabinett mehr als „sicher“. Aber auch jüngeren Ministerkollegen wird der Weg in die Opposition mit einem sechsstelligen Übergangsgeld versüßt. Claudia Nolte (CDU) hat nach nicht einmal vier Jahren Amtszeit Anspruch auf ein Übergangsgeld in Höhe von 247.526 Mark. Zugleich bezieht Nolte als Mitglied des Bundestages die vollen Abgeordnetendiäten. Sicher ist ihr auch ein Pensionsanspruch als Ministerin vom 55. Lebensjahr an: Für ihre Zeit im Kabinett bekommt sie dann monatlich 6858 Mark.*

*Kohl hat nach seinem Ausscheiden noch drei Monate lang Anspruch auf sein Gehalt in Höhe von 28.870 Mark. Anschließend bekommt er eine monatliche Pension von 20.498 Mark. Blüm kommt auf eine Pension von 18.275 Mark. Insgesamt 36 Minister haben in der Amtszeit Kohls ihren Stuhl geräumt. Für sie wurden nach Angaben der Bundesregierung bislang rund 5,5 Millionen Mark an Übergangsgeldern und 10,3 Millionen Mark an Ruhegehältern gezahlt.*

*Vor dem Machtwechsel in Bonn hat die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP noch zahlreiche Beschäftigte befördert. Die alten Minister segneten sogar noch drei Tage nach der Bundestagswahl rund 70 Beförderungen ab, durch die auch „zahlreiche verdiente Parteifreunde im Beamtenapparat versorgt“ wurden.*

*Allein aus dem Bundespresseamt sind laut „Spiegel“ fünf Regierungsdirektoren zum Ministerialrat gekürt worden, im Innenministerium drei, im Landwirtschaftsministerium zwei und in Kanzleramt und Finanzministerium je einer. Die können jetzt auch gut lachen.*

rh



**Wochenzeitung der DKP**

**Probeexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion**

**Der Fluglärm nimmt immer mehr zu. Jetzt will man neue Landeverfahren einführen, um noch mehr Flugbewegungen abwickeln zu können. In Spitzenzeiten waren es in diesem Jahr schon über 100 in der Stunde. Wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen!**



**Die Fluglärm-Beschwerde-Nummer: (069) 690-22001**





## Arbeitsplatzschaffung durch weiteren Flughafenbau?

Die Bundestagswahl ist vorbei, der Landtagswahlkampf hat begonnen. Die Befürworter des Flughafenbaus versuchen das Thema aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten. Das Gegenteil aber ist notwendig.

Ein Hauptargument der Ausbau-Strategen ist das Thema Arbeitsplätze.

Eine neu erschienene wissenschaftliche Arbeit „Der Wachstumsmotor auf dem Leistungsprüfstand“ untersucht Fakten. Nachfolgend Ausschnitte aus der Arbeit, die als Broschüre erschienen ist:

Mit Wortschöpfungen wie „Jobmaschine“, „Beschäftigungs-, Wachstums- und Wohlstandsmotor“ und „Hoffnungsträger“ wird die öffentliche Meinung getäuscht.

Die stetig wiederholte werbende Aussage: „54.000 Arbeitsplätze am Flughafen = größte Arbeitsstätte Deutschlands“ ist nichts als ein wirksamer PR-Gag, der fälschlich impliziert: 'Aha! Oho! der Flughafen = größter Arbeitgeber Deutschlands!'

Tatsache ist jedoch: Unter den ersten 30 Unternehmen Deutschlands, beginnend mit SIEMENS (379.000 Beschäftigte) würden alle Mitarbeiter der ca. 400 am Flughafen tätigen Betriebe zusammen, einschließlich die der Lufthansa und FAG, gem. FAZ-Sonderbeilage 97 „Die 100 größten Unternehmen Deutschlands“ hinter dem OTTO-Versand (29.Stelle) liegen.

Ohne wenn und aber, ein Superlativ ist richtig: Der Frankfurter Flughafen ist der größte Umweltbelasteter der Region!

### Preisverfall und Konsequenzen

Unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen ist, daß sie sich lohnen. Doch der internationale Preisverfall im Luftverkehr zwingt die Lufthansa und die FAG seit Jahren, in Zusammenarbeit mit großen Unternehmensberatungsfirmen, unrentable Arbeitsplätze aufzudecken und abzubauen.

Das wichtigste, weil effektivste Mittel zur Umsatz- und Renditesteigerung ist das weitere Senken von Personalkosten. Um weitere Arbeitsplätze einzusparen, strebt deshalb die Lufthansa die wesentliche Konzentration ihrer Aktivitäten auf der Basis in Frankfurt an. Die Drohung, von Frankfurt wegzuziehen, wenn die Bedingungen (neue Betonpiste) nicht erfüllt werden, findet hier die Erklärung.

Auch die immer wieder vorgetragene Behauptung, jeder Arbeitsplatz am Flughafen hätte 1,93 oder 2,1 Arbeitsplätze in der Region zur Folge, ist nicht nachvollziehbar; denn gerade in Regionen, wo große Flughäfen in Deutschland sind (Frankfurt, München, Stuttgart, Düsseldorf und Köln), wuchs die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten im Vergleich zu den anderen Regionen des Landes am wenigsten.

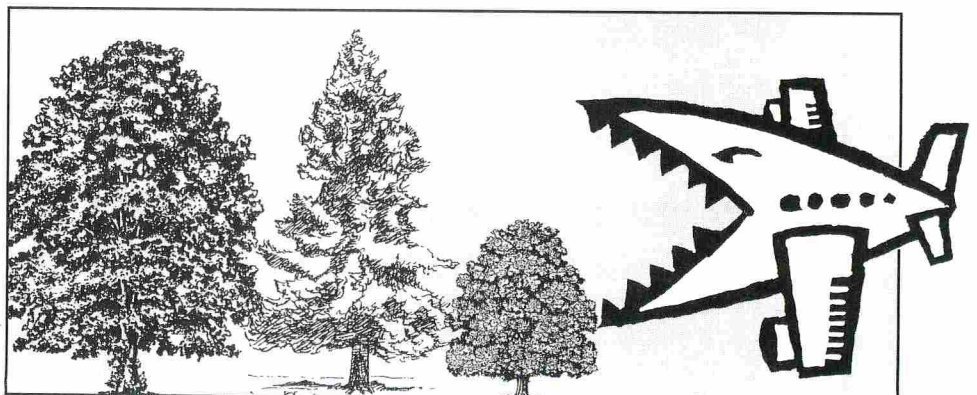
In der gesamten Region Frankfurt lag die Beschäftigungszunahme der versicherungspflichtig Beschäftigten zwischen Mitte 1987 bis Mitte 1996 mit 5,2 Prozent unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer (+ 6,2 Prozent). Der „Wachstumsmotor“ der Region taugte somit ausgerechnet nach Eröffnung der Startbahn 18 West mit ihrer enormen Kapazitätserweiterung vor allem im Umsteigerverkehr weder dazu, die Beschäftigung innerhalb der Stadtgrenzen (mit nur 0,4 Prozent) in Schwung zu halten, noch erzeugte er genügend Schub für die Region insgesamt. Die FAG realisierte seit 1992 bis 1996 trotz der beachtlichen Produktivitätssteigerung von 30% diese mit im Wesentlichen konstant gebliebener Beschäftigungszahl. Faktisch bedeutet dies Personalabbau.

Die Zukunftsprognosen der FAG rechnen erhoffte Arbeitsplätze hoch, die nicht auf den tatsächlichen Erfahrungen dieses Jahrzehnts beruhen. Sie nennen Zahlen bis in das nächste Jahrtausend hinein. Gemäß Pressebericht beruhen diese Hochrechnungen auf sogenannten Multiplikator-Untersuchungen der Roland-Berger GmbH von Anfang der 80er Jahre. Hinzukommt, daß besagte Untersuchungen 1978 in Auftrag gegeben und sich schon seinerzeit auf eine alte Untersuchung des Instituts für Luftverkehrsstatistik aus dem Jahre 1965 stützten, die wiederum auf einer noch älteren Auswertung von Zahlen aus dem Jahre 1961 beruhte.

Auf dieser Basis beruhen die Aussagen der FAG 1 SLOT (Einheit für 1 Start/Landung p.Stunde) = 2.400 Arbeitsplätze und alle weiteren daraus resultierenden Prognosen, so auch die des Frankfurter Stadtkämmerers Albrecht Glaser („Glaser hält die Nordbahn für dringend erforderlich“/FR vom 30.5.1998) „als Folge der geplanten Erweiterung entstünden bis zu 93.000 Arbeitsplätze“.

Der Präsident der weltgrößten Luftfahrtgesellschaft (AA) Robert L Crandall, sagte in einem Gespräch mit der WIRTSCHAFTSWOCHE kürzlich hinsichtlich euphorischer Wachstumsprognosen der Luftfahrt, sie seien barer Unsinn und reiner Zweckoptimismus. Auf diesem Hintergrund sollen nie wieder gutzumachende Entscheidungen gefällt werden, die unseren Lebensraum zerstören und zur untilgbaren Hypothek unserer Kinder und Kindeskiner werden.

Die wissenschaftliche Dokumentation aus der wir zitierten ist gegen Voreinsendung von DM 5,- in Briefmarken erhältlich bei WOFA, Georg-Treser-Str. 6, 60599 Frankfurt





## 30 Jahre DKP-Vertreter im Stadtparlament

Im August 1956 wurde in der Bundesrepublik Deutschland die kommunistische Partei KPD verboten. Erst Ende 1968 konnten die Kommunisten sich unter dem Namen Deutsche Kommunistische Partei (DKP) neu konstituieren.

Bereits vorher bildete sich auf kommunaler Ebene in Mörfelden eine Wahlgemeinschaft unter dem Namen „Sozialistische Demokratische Opposition“ (SDO). Sie kandidierte zur Kommunalwahl am 20. Oktober 1968. Artur Siegel und Heinz Hechler zogen in das Stadtparlament von Mörfelden ein. In Bonn gab es in dieser Zeit eine große Koalition, SPD und CDU/CSU saßen in der Regierung. Der „Kalte Krieg“ war noch voll im Gange.

Auch in Mörfelden wurden diese beiden Parteien aufgeschreckt von der neuen, links von der SPD stehenden Gruppe. Wüste Beschimpfungen mußten die „Neuen“ über sich ergehen lassen. Die SPD warnte die Bevölkerung schon vor der Wahl, vor den „Wölfen im Schafspelz“, die auch bereit wären die russischen Panzer zu rufen, und die CDU, schon immer mehr gegen „links“ als gegen „rechts“ kämpfend, sprach von „Lenins Genossen, die nach der Macht greifen“, sowie von „Verfassungsfeinden“. Aber die Personen, die ins Parlament einzogen, und die, die außerparlamentarisch mitarbeiteten, waren den meisten Einwohnern Mörfeldens bekannt. Es waren in der Mehrzahl Betriebsräte und Vertrauensleu-



*Kommunisten gab es in den kommunalen Parlamenten in Mörfelden und Walldorf vor 1933 und nach 1945. Mit Heinz Hechler und Artur Siegel (v.l.n.r.) wurde diese Tradition ab 1968 fortgesetzt.*

te, gewählte Vertreter in der Gewerkschaft und in den örtlichen Vereinen, die in der Vergangenheit bewiesen, daß sie auf der Seite des „Kleinen Mannes“ stehen.

Neue, einer linken Opposition gerecht werdende Forderungen und Ideen, wurden in die Parlamentsarbeit eingebracht. Viele Gedanken konnten, manche erst nach hartnäckigem Dranbleiben an der Sache, durchgesetzt werden. Eines der Hauptthemen, das die neuen Stadtverordneten einbrachten war der Ärztemangel in unserer Stadt, es gab 1969 in Mörfelden bei 13000 Einwohnern nur vier praktische Ärzte und keinen Facharzt. Die DKP forderte ein Ärztehaus. Nach beharrlichem Druck und vielen Initiativen erhielt Mörfelden 1977 das Ärztehaus mit fünf Facharztpraxen.

Weitere Forderungen waren ein neuer

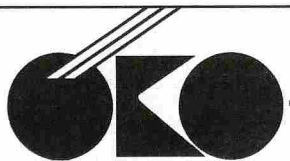
Kindergarten, eine Kinderkrippe ein Kinderhort und ein Jugendzentrum, die Erhaltung historischer Gebäude (Wasserturm, altes Rathaus, Forstamtsgebäude) und vieles mehr. Es gab Kopfschütteln bei den anderen Fraktionen über Dinge, die heute selbstverständlich sind.

Ab 1972 setzte dann die DKP-Fraktion verstärkt die Arbeit der SDO fort. Es gab die Bewegung gegen die Fusion der beiden Städte Mörfelden und Walldorf und die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“. Nicht wegzudenken waren die Mitglieder der DKP-Fraktion bei dem Protest gegen die Startbahn West. Die Startbahn-Proteste brachten Erschütterungen in allen anderen örtlichen Parteien. Es gab den Hungerstreik, Großdemonstrationen und eine Veränderung in der kommunalen Parteien-Landschaft. Die FDP verschwand in dieser Zeit, SPD und CDU mußten unterschiedlich starke Verluste hinnehmen. Eine Grüne Bürgerliste, hervorgegangen aus der Bewegung gegen die Startbahn, zog ins Parlament ein.

Die Jahre 1968 bis 1998, das sind 30 Jahre Kommunalpolitik als linke Opposition.

Diese linke Kommunalpolitik wurde begleitet von der ununterbrochen monatlich erscheinenden DKP-Stadtzeitung „blickpunkt“. Damit wurde die Parlamentspolitik transparent gemacht, der Bürger konnte draußen sehen, was drinnen im Rathaus vorging.

Heinz Hechler



### BAUMARKT

Mörfelden · Zwerggasse 3 · Telefon 06105/21081

#### Ist Ihnen Ihre Gesundheit wichtig?

Dann informieren Sie sich bei uns über umwelt- und menschenverträgliche Baustoffe, Farben und Bodenbeläge.  
Wein aus ökologischem Anbau.



Personalabbau in den KITAs? Nein danke!

## Personalabbau in den KITAs geplant

Seit Jahren sind die Kommunen in Finanznöten. Während durch Bundesgesetz die Aufgaben erweitert wurden (z.B. Kindergartenplätze ab 3 Jahre), wurden die Einnahmen drastisch verkürzt (z.B. Wegfall der Gewerbesteuer, veranlagte Einkommensteuer, Vermögenssteuer etc.).

Den Ausweg sieht man auch in unserer Stadt im „Sparen“. Nach Haushalts-, Wiederbesetzungssperre und Kürzung der Sozialleistungen beim Personal kamen die Vereine dran, die Zuschüsse wurden um 10% gekürzt.

Jetzt soll es an die Personalbemessung in den Kindertagesstätten gehen. Geplant ist, durch Reduzierung der bisher berücksichtigten Ausfallzeiten von 15 auf 5%, 6-7 Stellen abzubauen. Sparziel: ca. 500.000,- DM. Soweit die Fakten.

Wir meinen: Der Abbau des Betreuungspersonals bedeutet einen empfindlichen Eingriff in die Standards der KITAs. Die Anspannung ist in den letzten Jahren durch die Aufnahme der Dreijährigen, die mehr Zuwendung bedürfen, ausländische Kinder, die sprachlich gefördert werden müssen, auffällige Kinder (z.B. aggressive) und stärkere Zusammenarbeit mit Schulen, therapeutischen Einrichtungen und Erziehungsberatungsstellen erheblich gestiegen.

Die geplanten Maßnahmen der Verwaltung verschlechtern das Arbeitsklima. Wenn die Personalreduzierung durch Überstunden aufgefangen werden soll, ist auch finanziell nichts gewonnen. Was hier gespart werden soll, saniert den Haushalt nicht, es schafft eher neue Probleme, die keiner will.

Das ist nicht hinnehmbar. Nötig sind andere Gesetze, die den Kommunen die finanziellen Mittel zuweisen, die sie für ihre sozialen Aufgaben brauchen. Dafür treten wir ein. Und nötig sind auch in Zukunft gute Standards und tendenziell sinkende Gebühren in den KITAs. Die Vereinbarung SPD-DKP/OL sieht vor, daß es in dieser Wahlzeit keine Gebührenerhöhungen im KITA-Bereich gibt. Außerdem sollen am Standard der Verpflegung keine Abstriche gemacht werden. Der neuerliche Vorstoß der Verwaltung ist der Versuch, diese Beschlußlage zu umgehen. Das weisen wir zurück. Hier müssen der Bürgermeister und der Stadtkämmerer auch mit dem Widerstand des Betreuungspersonals und der Eltern rechnen. Es kann und darf nicht sein, daß der angebliche Geldmangel in einem der reichsten Länder der Erde auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird.

Und noch eins: Die Stadt unterstützt Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten. Bei Ausschreibungen sollen nur die Betriebe den Zuschlag bekommen, die auch ausbilden. Eine kommunale Vermittlung soll Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit bringen. Alle diese Maßnahmen sind für mehr Beschäftigung in unserer Stadt ergriffen worden - und jetzt will man den entgegengesetzten Weg gehen und reduziert die Beschäftigten? Das vereinbart sich nicht R.D.

### Diese Leute hatten schon einmal „aufgeräumt“!



In Mörfelden-Walldorf hat sich ein „Demokratisches Bündnis gegen Rechtsradikalismus“ gebildet. Dabei sind: Aktion Toleranz - Bündnis 90/Die Grünen - DGB Ortskartell Mörfelden-Walldorf - DKP Mörfelden-Walldorf - Evangelische Kirchengemeinde Mörfelden - Frauentreff Mörfelden-Walldorf - JUSOS Mörfelden-Walldorf - SPD-Mörfelden-Walldorf - Freireligiöse Gemeinde Mörfelden-Walldorf - Michael Schwenn-Grohmann, Pfarrer - Ernst Hechler, Naturfreunde.“

Das Bündnis will eine Bündelung der Kräfte gegen den Rechtsradikalismus erreichen, Informationen verbreiten und Aktionen durchführen.

Außerdem strebt man eine gemeinsame Plattform mit den demokratischen Kräften in den Partnerstädten Wageningen und Vitrolles an.

In der Gründungserklärung heißt es: Wir wollen den Rechtsradikalen heute und in der Zukunft aktiv politisch entgegentreten und bitten alle Bürgerinnen und Bürger, uns zu unterstützen.

## LESERBRIEF

**Als interessierte „blickpunkt“-Leserin muß ich Euch zu Eurem „Lexikon“ vom September 1998 mitteilen, daß wir in Walldorf zur Maulwurfsgrille nie „Werr“ gesagt haben.**

**Bei uns hieß dieser gefürchtete Schädling, der viele Pflänzchen abfraß, schlicht und einfach „Saiwuhler“ (Säuwühler). Früher hat man uns Kindern immer gesagt: „Wer en Saiwuhler find't, hot en Laab Brot verdient“.**

**Regine Balkmann**







## Antrag der DKP/OL-Fraktion in Stadtparlament

### Baudenkmäler

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- „1. Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung eine vollständige Liste aller Bau- und Naturdenkmäler in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf vorzulegen.
2. Die Liste sollte Angaben über den baulichen bzw. biologischen Zustand und die Eigentumsverhältnisse enthalten und ständig aktualisiert werden.
3. Ebenso ist eine Übersicht über laufende Anträge auf Unterschutzstellung zu geben; der Sachstand ist ständig zu verfolgen.
4. Daneben ist eine Liste erhaltenswürdiger Gebäude und Einzelgewächse/Landschaftsteile in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf zu erarbeiten, die regelmäßig öffentlich zu erörtern ist.
5. Auf dieser Grundlage sind frühzeitig Anträge auf Aufnahme in die Denkmalschutz-/Naturschutz-Liste zu stellen und aktiv zu verfolgen.
6. Für die entsprechenden erhaltenswürdigen Objekte ist ein Vorkaufsrecht geltend zu machen und zu sichern.“

Begründung:

Mehrmals ist in den letzten Jahren das Thema Denkmalschutz in unserer Stadt von Fall zu Fall auf die Tagesordnung gesetzt worden. Regelmäßig war es dann zu spät; es waren durch Verkauf oder Abriß Fakten geschaffen worden, bevor eine intensive öffentliche Aussprache über die Bewertung alter Substanz geführt werden konnte. Hier muß mit einer aktuellen Auflistung die Voraussetzung für eine andere Herangehensweise geschaffen werden, die als ständige Aufgabe begriffen wird. In Mörfelden und Walldorf ist in der Vergangenheit viel an historischem Bestand aufgegeben worden. Es ist höchste Zeit für eine Bilanz und einen neuen Ansatz.



### Solidaritätsaktion

Am 11. September 1998, 25 Jahre nach dem Militär-Putsch in Chile, trafen sich am Allende-Platz in Mörfelden zahlreiche Bürgerinnen und Bürger um an jenen Tag zu erinnern.

Die letzte Rede von Salvador Allende hörte man im Hintergrund, während Barbara Munoz übersetzte. Nina-Weller-Kolbe sprach Gedichte von Pablo Neruda, der chilenische Sänger Pablo Ardoín sang Lieder von Victor Jarra. Rudi Hechler hielt die Gedenkrede in der es u.a. hieß:

*„Es ist 25 Jahre her, als die Nachricht kam: Militär-Putsch in Chile. Bald kamen die Nachrichten: Allende ermordet, Pablo Neruda tot - das Stadion ein KZ - die Leichenschauhäuser voll mit ermordeten Demokraten.*

*Chile ist weit - warum waren die Linken bei uns - in Europa, in der Welt so fasziniert von diesem Chile und von seiner Unidad Popular? Es war die Hoffnung auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus.*

*Ich bin froh, daß die DKP-Fraktion damals den Antrag stellte, eine Straße oder einen Platz nach dem Sozialisten Salvador Allende zu benennen. Ich bin froh, da damals Sozialdemokraten wie selbstverständlich zustimmten. Ich bin froh, daß sich Bürgermeister Brehl damals engagiert für diese Gedenkstätte einsetzte.*

*Wir gedenken heute Salvador Allende, Pablo Neruda und den vielen tausenden die ermordet wurden.*



*Wir gedenken an den Sänger der Revolution Viktor Jarra, den man im Stadion Santiagos bestialisch ermordet. Die Nacht ist noch nicht vorbei - aber am Horizont zeigt sich Licht. In Chile wie bei uns wird die Zeit kommen - wo es mehr Gerechtigkeit gibt. Nie wieder Faschismus! Venceremos!“*

**Jede Mark hilft dem  
»blickpunkt«!**

Unser Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553

**Der „blickpunkt“  
freut sich immer auf  
Leserbriefe**



# Stadtgeschichten



Am „Kerwemontag“ des Jahres 1928 war auch in der ehemaligen Gaststätte „Zum Schwanen“, dem langjährigen Vereinslokal der Handballer in der Mörfelder Langgasse, die Stimmung hervorragend. Eine lustige Gruppe nahm im Hof neben der Jauchepumpe vor dem Fotografen Aufstellung. Alkoholfreies war sicher nicht das Getränk des Tages, wenn auch die Limoflaschen recht auffällig präsentiert wurden.

Elli Kraft geb. Breithaupt, die letzte Wirtin, auch „Schwane- Elli“ genannt, erinnert sich noch gerne an die alten Zeiten: „Die Frau auf dem Bild, das ist die Frau Bennedikter aus Groß-Gerau, die nur an Kerb (Kirchweih) in den Küchen der Gaststätten aushalf.“ Sie erinnert sich auch an ihre Kindheit, als jedes Jahr an Kerb das neben dem Saal befindliche Kinderzimmer ausgeräumt, die Betten auf den Speicher gebracht, und die Kinder dann im Zimmer der Eltern schlafen gelegt wurden. Sie erinnert sich aber auch an die Gäste, die spätabends partout nicht gehen wollten und sich erst heimschlichen als sie in der Wirtsstube sitzend bereits eingeschlafen war.

Sie kannte auch alle auf dem Foto abgelichteten Personen. Obere Reihe: Elli Breithaupt (Kraft), Ludwig Geiß, Jakob Scherer, Heinrich Häring, Dorothea Becker (Wenz), Fritz Müller. Untere Reihe: Richard Ludwig, Frau Bennedikter, Philipp Arndt mit Puhlschöpfer (Jaucheschöpfer), Fritz Siegel, August Dickhaut und Christian Knodt mit der Gießkanne.



## Gedenken an die Reichspogromnacht vor 60 Jahren

# KUNDGEBUNG

**Montag, 9. November 1998,  
18 Uhr, Rathausplatz Mörfelden, Gedenkstein**

**Danach findet eine Diskussionsveranstaltung mit dem Referenten  
im Heimatmuseum Mörfelden statt.**



## Unser Lexikon



**Schnorres  
Schnurrbart**